

Umgang mit Rechts- populismus

**Eine Handreichung
für die Diakonie**

INHALT

3 VORWORT

**4 TEIL 1: Gelassenheit bewahren –
Grenzen der Toleranz aufzeigen**

Protokollfragen im Umgang mit rechtspopulistischen Gruppierungen

**7 TEIL 2: Positionieren, konfrontieren,
ausschließen?**

Vom Umgang mit Klienten, ihren Angehörigen und Mitarbeitenden

**13 TEIL 3: Klarheit und Versachlichung gegen
Vereinnahmung und Provokation**

Rechtspopulismus in Medien und Social Media

17 TEIL 4: Vorsicht Kamera!

Der Umgang mit Spenden

**20 Beratungsstellen, Netzwerke und Tipps –
Eine Auswahl**

**21 Netiquette für die Facebook-Seite der Diakonie
Deutschland**

23 Impressum

VORWORT

Das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte in Deutschland hat auch die Arbeit der Diakonie vor neue Herausforderungen gestellt. Wann und wie reagieren wir auf Provokationen und Tabubrüche? Wie gehen wir mit Gruppierungen um, aus deren Reihen die Arbeit des evangelischen Sozialverbandes angegriffen und diffamiert wird? Wo müssen wir klare Grenzen setzen, und an welcher Stelle sollten wir gelassen bleiben, um den Populisten nicht in die Hände zu spielen? Pauschale Antworten gibt es nicht.

Wir argumentieren und handeln auf christlicher Grundlage. Die Arbeit der Diakonie geschieht auf Basis unseres evangelischen Menschenbilds und dem Leitbild einer solidarischen Gesellschaft. Darum hilft die Diakonie jedem Menschen, der Hilfe braucht – auch dann, wenn er seine Not selbst verschuldet hat. Darum ist die Diakonie Anwalt der Schwachen, darum stehen die Angebote der Diakonie allen Menschen offen, unabhängig von Hautfarbe und Geschlecht, Weltanschauung und Religion.

Daher duldet die Diakonie in ihren Einrichtungen auch keine Diskriminierung. Sie wendet sich gegen jede Form von Rassismus, Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Der Einzug der Rechtspopulisten in die Parlamente hat die Maßstäbe und Grenzen des Sagbaren verschoben. Populistische Positionen und Meinungsäußerungen kann die Diakonie nicht teilen. Sie sucht gerade in herausfordernden Situationen das am Gemeinwohl orientierte Menschendienliche.

Demokratische Werte und das Eintreten für eine offene Gesellschaft sind heute wichtiger denn je.

Das folgt aus unserer christlichen Grundhaltung. Ich danke allen, die sich jeden Tag für eine offene, gerechte und menschliche Gesellschaft einsetzen. Diese Handreichung möchte allen, die engagiert und an der Seite der Menschen in der Diakonie arbeiten, eine Hilfestellung geben.

Ulrich Lilie
Präsident
Diakonie Deutschland

TEIL 1:

GELASSENHEIT BEWAHREN – GRENZEN DER TOLERANZ AUFZEIGEN

Protokollfragen im Umgang mit rechtspopulistischen Gruppierungen

Die Diakonie sollte nicht der Skandalisierung und Emotionalisierung Vorschub leisten, sondern wo immer möglich mit Fakten und Zahlen die Debatte versachlichen.

Grundsätzliches

Nach dem Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in den Bundestag und zahlreiche Landtage hat sich der Ton der politischen Auseinandersetzung verschärft. Der gezielte Tabubruch ist zu einer Strategie geworden, um politisch und medial Aufmerksamkeit zu erlangen. Nicht auf jede Provokation von Populisten sollte man reagieren, sondern mit professioneller Gelassenheit analysieren, was eine Äußerung bewirkt und wem sie letztlich nützt.

Skandalisierung und Ausgrenzung führen dazu, dass Rechtspopulisten für sich eine Opferrolle reklamieren – auch das ist Teil ihrer medialen Strategie. Eine enge Abstimmung des Vorgehens mit den Kommunikationsfachleuten der Diakonie hilft, sich auf diese Versuche der Instrumentalisierung vorzubereiten und ihr entgegenzuwirken.

Die Diakonie sollte ihre christlichen Werte vermitteln und die damit verbundene Grundhaltung einer sozialen und offenen

Gesellschaft herausstellen. Von Fall zu Fall wird dies mit einer öffentlich kommunizierten, deutlichen Abgrenzung gegenüber populistischen Positionen verbunden sein müssen.

Zur weiteren Positionierung sind die laufende Beobachtung rechtspopulistischer Entwicklungen und der **Austausch** darüber zwischen den verbandlichen Ebenen der Diakonie im Bund, in den Ländern und auf der Fachebene nötig. Sinnvoll ist eine enge Abstimmung zwischen den konfessionellen Trägern der Wohlfahrtspflege: Caritas und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Darüber hinaus empfehlen wir eine Koordinierung in den Arbeitsgemeinschaften der freien Wohlfahrtspflege auf Bundes- und Landesebene sowie in kommunalen Bündnissen. Wichtig ist, dass Absprachen verbindlich und belastbar sind. Das Spektrum der Reaktion kann zwischen absoluter politischer Neutralität und starker Empörung liegen.

Empfehlungen für die parlamentarische Arbeit

Bei Einladungen an Abgeordnete sollte die Regel sein, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, alle im jeweiligen Parlament vertretenen Abgeordneten einzuladen – bzw. analog in kleinerem Rahmen (Fachausschüsse, Sprecher, ...) die jeweiligen Vertreter aller Fraktionen.

Einladungen in Ausschüsse erfolgen jeweils durch die Vorsitzenden. Die Zusage

sollte unabhängig von deren Parteizugehörigkeit erfolgen.

Einladungen an Diakonie-Vertreter zu Anhörungen erfolgen i. d. R. aus den Fraktionen, die sich von dem Experten »auf ihrem Ticket« eine Unterstützung ihrer Position erhoffen. Hier sollte im Einzelfall über die Annahme entschieden werden, um eine Instrumentalisierung zu vermeiden. Möglich ist auch eine grundsätzliche Klärung im jeweiligen Verband, sich von der AfD nicht einladen zu lassen.

Empfehlungen für den Umgang mit Parteien

Bei Anfragen zu ihren Positionen sollte die Diakonie zur Versachlichung der Debatte beitragen. Es ist hilfreich, auf Nachfrage Zahlen und Positionen zu übermitteln – die oft ohnehin in gedruckten Publikationen oder online recherchierbar sind. Es kann hilfreich sein, die Anfrage einer einzelnen Partei mit Antworten an alle Parteien zu beantworten, um für einen gleichen Informationsstand zu sorgen.

Wahlprüfsteine und ähnliche Initiativen (»Sozial-O-Mat«) dienen der politischen Meinungsbildung. Wenn vor Wahlen Prüfsteine oder Synopsen mit den Positionen der im Parlament vertretenen (oder nach der Wahl zu erwartenden) Parteien erstellt werden, sollten die Positionen entsprechender rechtspopulistischer Gruppierungen nicht ausgeblendet werden.

Empfehlungen für Eigenveranstaltungen

Bei eigenen Veranstaltungen steht es diakonischen Verbänden und Einrichtungen frei, selbst darüber zu bestimmen, wer eingeladen wird und wer nicht. Kriterien dafür sind u. a.

- thematische Relevanz
- Verbundenheit zur Diakonie
- Prominenz und mediale Wirkung.

Bei öffentlichen – und öffentlich bekannt gemachten – Veranstaltungen ist mit Anmeldungen über den Kreis der persönlich Eingeladenen hinaus zu rechnen. Wer dies vermeiden will, muss Veranstaltungen und die Information darüber im internen Rahmen belassen.

Die Grenze der Toleranz ist dort überschritten, wo sich Politiker menschenfeindlich, rassistisch oder antisemitisch äußern. Für solche Positionen darf die

Diakonie kein Forum bieten. An dieser Stelle ist zu widersprechen, ggf. dem Diskutanten das Wort zu entziehen, im Zweifel auch ein Gespräch zu beenden und vom Hausrecht Gebrauch zu machen.

Empfehlungen für Kontakte zum Zweck der Selbstdarstellung von Politikern oder Parteien

Es ist üblich, dass Politiker aller Parteien neben dem berechtigten Interesse an der diakonischen Arbeit ihre Kontakte und Aktivitäten für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit einsetzen, u. a. in der Pressearbeit, in Eigenpublikationen und in sozialen Netzwerken.

Vor diesem Hintergrund sind auch Besuchsanfragen z. B. in diakonischen Einrichtungen und zu Veranstaltungen zu bewerten und ggf. abzulehnen.

Durch eine intensive inhaltliche Vorbereitung der Beteiligten sowie eine professionelle und sachliche Moderation kann einer Eskalation vorgebeugt werden. In vielen Verbänden und Einrichtungen hat es sich bewährt, die Mitarbeitenden entsprechend zu schulen.

TEIL 2: POSITIONIEREN, KONFRONTIEREN, AUSSCHLIESSEN?

Vom Umgang mit Klienten, ihren Angehörigen und Mitarbeitenden

Klarheit und Standfestigkeit kann gelernt werden.

Grundsätzliches

In der praktischen diakonischen Arbeit sehen sich Mitarbeitende wie Ehrenamtliche gelegentlich mit rechtspopulistischen oder gar rechtsextremen Äußerungen oder Verhaltensweisen von Klienten oder deren Angehörigen konfrontiert. Aber es gibt auch Mitarbeitende, die mit rechten Parolen auffallen. Darauf angemessen zu reagieren, stellt eine Herausforderung dar.

Zunächst ist es wichtig, dass die vielen Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen von Diskriminierung überhaupt erkannt werden und darüber gesprochen wird. Es wäre falsch, aus Unwissenheit, Unsicherheit oder Sorge vor einem schlechten Image problematische Vorfälle zu ignorieren oder herunterzuspielen. In unseren Einrichtungen und Arbeitsfeldern sollte klar werden, dass die Diakonie uneingeschränkt und unmittelbar für die Menschenwürde und Gleichwertigkeit aller

Menschen eintritt. Die Diskriminierung und Abwertung von einzelnen Menschen und Gruppen, die von Rechtspopulisten betrieben wird, darf daher nicht toleriert oder als Privatmeinung verharmlost werden.

Es gehört zum politischen Mandat und Auftrag der Diakonie, sich für Chancengleichheit und Menschenrechte stark zu machen. Daher sollten Mitarbeitende ermutigt und befähigt werden, Widerspruch zu leisten und eine eindeutige, klare Haltung gegen rechtspopulistische Parolen zu entwickeln. Es ist eine Herausforderung, gegen diese Positionen anzugehen, aber den Menschen, der sie äußert, als Mensch zu respektieren und ernst zu nehmen. Ebenso schwierig ist es zu entscheiden, wann, wo und wie Gespräche geführt, Diskussionen abgebrochen oder gar Hausverbote verhängt werden sollten. All das verlangt eine Klarheit und Standfestigkeit, die aber gelernt werden kann.

BEISPIELE

In der evangelischen Kita animiert eine Mutter ihr Kind dazu, das muslimische Kind in der Gruppe auszugrenzen:

»Die gehört nicht hierher, die soll zurück in ihre Heimat! Wir wollen hier keine künftigen Terroristen!«

Auf dem Schulhof des evangelischen Gymnasiums wird einem Jungen ständig »Du Jude!« hinterher gebrüllt.

In der ambulanten Pflege möchte eine Klientin nicht von dieser »russischen Schlampe« oder »muslimischen Terroristin« angefasst werden und droht mit der Kündigung des Versorgungsauftrags, »wenn nicht eine deutsche Pflegekraft geschickt wird«.

In der Schuldnerberatung beklagt sich die Klientin: »Ich habe Schulden und kriege nicht mal eine neue Waschmaschine vom Job-Center. Und die Flüchtlinge nebenan kriegen alles geschenkt. Diese Politiker sind doch alle Volksverräter!«

Mitarbeitende entdecken auf Facebook den Post eines Kollegen, der dazu aufruft, die Flüchtlingsunterkunft »niederzufackeln«.

Die Reihe ließe sich fortsetzen.

Die Diakonie sieht jeden Menschen als gleichwertig an und hilft jedem, der Hilfe braucht – auch dann, wenn er seine Not selbst verschuldet hat.

Empfehlungen für Träger und Vorgesetzte

- Das Leitbild Ihrer Einrichtung gut sichtbar und lesbar aushängen: Die Angebote der Diakonie stehen allen Bedürftigen offen – egal, welche Weltanschauung und Religion sie vertreten. Die Diakonie sieht jeden Menschen als gleichwertig an und hilft jedem, der Hilfe braucht – auch dann, wenn er seine Not selbst verschuldet hat. Dieses Leitbild sollten Sie auch in Form von aufgehängten Bildern, Plakaten, Sprüchen, Bibelstellen etc. kommunizieren. Stellen Sie eine Atmosphäre her, in der sich Rechtspopulisten nicht wohlfühlen. Es ist Ihre Aufgabe als Leitung, das demokratische Leitbild für die eigene Institution so klar und schnörkellos zu formulieren, dass es für alle verständlich ist. Jeder neue Mitarbeiter sollte das Leitbild erhalten. Sinnvoll sind Einführungsveranstaltungen, in denen diese Leitlinien des Miteinanders besprochen werden.

Formulieren Sie eine Hausordnung und hängen Sie diese gut sichtbar aus. Verbieten Sie darin Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus oder Diskriminierungen. Gegebenenfalls sollten Sie auch darauf hinweisen, dass Sie sich als Haus eine Strafanzeige wegen Straftatbeständen wie Beleidigung, Hetze oder Aufrufen zu fremdenfeindlich motivierter Gewalt vorbehalten. Erstellen Sie im Falle einer Nötigung oder gar Körperverletzung Anzeige. Als ladungsfähige Adresse geben Sie stets die Dienstanschrift an.

- Ihre Mitarbeitenden/Ehrenamtlichen sollten Sie mit Gesprächs- und Argumentationstrainings, Supervision und kollegialer Fallberatung stark machen, damit sie sich trauen, Widerspruch zu leisten.
- Wenn Gespräche mit Klienten nichts ausrichten, müssen Konsequenzen geklärt sein. Mitarbeitende müssen wissen, ob bzw. wann sie vom Hausrecht Gebrauch machen dürfen und einen Beziehungsabbruch aussprechen dürfen wie: »Sie sind hier nicht mehr willkommen/Ihr Kind ist hier nicht mehr willkommen.«
- Wenn Ihre eigenen Mitarbeitenden mit rechtspopulistischen Parolen auffällig werden, sollten Sie das Gespräch suchen. Stellen Sie klar, dass jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht mit den Werten der Diakonie vereinbar ist. Sie haben als Arbeitgeber eine Fürsorgepflicht für Ihre Mitarbeitenden. Kolleginnen und Kollegen, die gegen Geflüchtete, Langzeitarbeitslose oder Wohnungslose hetzen, stören das Miteinander und Betriebsklima – arbeitsrechtliche Konsequenzen sind in diesen Fällen nicht ausgeschlossen. Das gilt auch für das Verhalten in sozialen Netzwerken. Wer sich in seinem Profil als Mitarbeiter der Diakonie zu erkennen gibt, wird dort nicht als Privatperson gesehen.
- Bevor Sie eine Kündigung erwägen, holen Sie sich juristischen Rat, z. B. bei den zuständigen Landesverbänden der

TEXTVORSCHLAG FÜR DIE HAUSORDNUNG

»Unser Haus steht für ein gewaltfreies, demokratisches Miteinander und die Achtung der Menschenwürde, unabhängig von Nationalität, sozialer Herkunft, religiöser Überzeugung und sexueller Orientierung. Das bedeutet für uns, dass Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Verherrlichung oder mangelnder Distanz zum Nationalsozialismus in Form von Aussagen, Kleidung, Symbolen, Tattoos, Schmuck oder Musik in unserem Hause keinen Platz haben.«

Stellen Sie klar, dass jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht mit den Werten der Diakonie vereinbar ist.

Diakonie. Die Juristen können dabei helfen zu entscheiden, ob die Meinungsäußerung eines Mitarbeitenden gegen geltendes Recht verstößt. So ist Beleidigung gemäß §185 des Strafgesetzbuches eine Straftat. Hier kennt die Meinungsfreiheit klare Grenzen. Eine fristlose Kündigung ist ebenso bei der Verwendung von Nazisymbolen wie dem Hakenkreuz an der Arbeitsstätte möglich oder beim »Aufstacheln zum Hass« gegen Teile der Belegschaft (Volksverhetzung §130 Abs. 1 StGB). Die alleinige Mitgliedschaft in einer demokratisch gewählten Partei wie der AfD ist allerdings nicht arbeitsrechtlich relevant. Sich von einem Mitarbeitenden zu trennen, sollte ohnehin das letzte Mittel der Auseinandersetzung sein.

Empfehlungen für Mitarbeitende

- Niemals weg- oder überhören! Schweigen bedeutet Zustimmung. Haben Sie keine Angst, über Themen nicht genug Bescheid zu wissen. Zunächst geht es nur darum, abwertende, rassistische oder hasserfüllte Aussagen nicht einfach stehen zu lassen, sondern Haltung zu zeigen. Sagen Sie, dass Sie eine solche Einstellung keinesfalls teilen und abwertende Bemerkungen oder das Verbreiten politischer Botschaften in Ihren Räumen nicht dulden, sie aber trotzdem beraten, pflegen oder zusammenarbeiten.

Halten Sie zueinander! Fordern Sie unterstützende Maßnahmen ein.

- Lassen Sie sich auf ein inhaltliches Gespräch nur dann ein, wenn Sie eine klare Haltung entwickelt haben. Dazu gehört auch, in Diskussionen um gesellschaftliche Fehlentwicklungen ehrlich zu bleiben: nichts schön zu reden, aber nicht zuzulassen, individuelle Problemlagen zu verallgemeinern. Und berücksichtigen Sie, dass es geschulte Rhetoriker unter den Rechtspopulisten gibt, die eine destruktive Gesprächsstrategie verfolgen. Bitten Sie die Leitung Ihres Hauses um angemessene Fortbildungen und Trainings.
- Zueinander halten! Besprechen Sie im Team Ihre Vorgehensweise. Fordern Sie von der Leitung unterstützende Maßnahmen ein. Wenn diese die Beschwerden über rechtspopulistische Hetze oder Agitation von Kollegen nicht ernst nimmt oder kein Interesse an einer Klärung zeigt, können Sie sich an die Mitarbeitervertretung wenden. Diese ist ebenso dafür verantwortlich, ein diskriminierungsfreies Klima zu fördern und gegen Ungleichbehandlung vorzugehen.
- Holen Sie sich Unterstützung und informieren Sie Ihren Landesverband, suchen Sie nach Partnern in der Zivilgesellschaft.

TEIL 3:

KLARHEIT UND VERSACHLICHUNG GEGEN VEREINNAHMUNG UND PROVOKATION

Rechtspopulismus in Medien und Social Media

Rassistische, antisemitische, frauenfeindliche, homophobe Äußerungen sind nicht immer klar als solche zu erkennen. Häufig werden sie bewusst versteckt oder indirekt eingesetzt, wie zum Beispiel der Verweis, »dass man in Deutschland ja bestimmte Sachen nicht offen sagen dürfe«.

Grundsätzliches

Rassistische, nationalistische, antisemitische und antidemokratische Tendenzen finden sich in rechten Medien, auf Internetplattformen und vor allem in den sozialen Medien. Auf bestimmten Internetseiten und in Kommentaren, auf Facebook, in Online-Petitionen, in Foren und Blogs, auf Twitter, WhatsApp oder anderen Messenger-Diensten haben die Diffamierungen und Bedrohungen von rechtsextremer und rechtspopulistischer Seite stark zugenommen. Auch die

Diakonie hat damit bereits Erfahrungen gemacht.

Die Verbreitung diskriminierender Äußerungen funktioniert vor allem, indem homogene Gruppen konstruiert werden: »die Ausländer«, »der Islam«, »die Schwulen«, «die Juden«. Damit werden diese Menschen abgewertet und ausgegrenzt. Für die Gruppen, aus denen solche Äußerungen kommen, wirken sie dagegen identitätsstiftend. Rechtsextreme und Rechtspopulisten brauchen Feindbilder

und nutzen diffuse Ängste und Unsicherheit. Sie wollen keine Fakten, keine Belege oder Statistiken dafür, dass sie falsch liegen. Sie wollen sich bestätigt fühlen und genießen es, sich über andere zu erheben.

Zu den rechten Medien zählen das Monatsmagazin »Compact« und die Wochenzeitungen »Junge Freiheit« und »Deutschland-Kurier«, die Internetplattform PI-News (PI steht für »politically incorrect«), das Online-Magazin »epoch-times« und der russische Sender »Russia Today deutsch«.

Soziale Netzwerke sind die zentrale Propagandaplattform für Rechtsextreme und Rechtspopulisten. Sie sind inzwischen aus dem Schutz der Anonymität herausgetreten. Rassistische, strafbare Kommentare und Beiträge werden oft unter vollem Namen und mit identifizierbaren Adressen gepostet. Man wähnt sich

unter Gleichgesinnten und hat auch keine Scheu vor Grenzüberschreitungen.

Begünstigt wird dies durch die Art und Weise, wie soziale Netzwerke (allen voran Facebook) »funktionieren«: Sie reagieren auf die Interessen ihrer Nutzer und bringen ihnen mehr oder auch ähnliche Beiträge von der Art, die den Nutzer interessieren. So entsteht eine Ansammlung ähnlicher oder gleicher Artikel und Beiträge. Wer hier nicht quer liest, andere Positionen berücksichtigt oder auch mal »gegnerische« Posts wahrnimmt, bekommt schnell den Eindruck, dass die eigene Ansammlung »die Meinung des Netzes« ist. Es entstehen »Filterblasen« bzw. »Echokammern«, die die eigene Weltansicht bestätigen und bestärken. Diese »Blasen« können mitunter beachtliche Größen und Reichweiten entwickeln und sind nicht zu unterschätzen in ihrer Meinungsprägung.

Bei Medienanfragen von rechten Medien sollten Sie gut überlegen, ob Sie sich tatsächlich äußern wollen. Selbst wenn Ihre Argumente oder Fakten abgedruckt werden, erreichen Sie damit keine »Mitleser«, die sie umstimmen könnten. Diese Medien werden nur von der rechten Szene gelesen.

Empfehlungen für Print und Online-Medien

- Es ist wenig sinnvoll, auf diskriminierende Berichterstattung in diesen Medien zu reagieren. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass Themen wie »Asylindustrie« oder Vorstandsgehälter in NGOs Eingang in die seriösen Medien finden. Sachliche Argumentationen dafür können vorbereitet werden, so dass sie als Reaktion schnell eingesetzt werden können.
- Wenn seriöse Medien über »soziale« Aktivitäten der AfD berichten, die die Arbeitsfelder der Diakonie betreffen (Kältebus für Obdachlose oder Spendenammlung für deutsche Obdachlose und Bedürftige), sollten Sie die Lokalredaktionen in Ihrer Region anrufen und auf das bedingungslose Hilfeangebot der Diakonie aufmerksam machen.

Generell gilt für Anfeindungen in Sozialen Medien: Lassen Sie sich nicht provozieren.

Empfehlungen für für Social Media

- Wer sich auf Diskussionen einlässt, sollte wissen, dass die Verfasser der Beiträge in aller Regel nicht zu überzeugen sein werden, weil sie für andere Meinungen und Sichtweisen nicht zugänglich sind. Allerdings werden die schweigenden Mit-Leser erreicht. Gerade für Seitenbetreiber ist es wichtig, zu reagieren. Andernfalls würde man sich dem Vorwurf aussetzen, rechtswidrige Stammtischparolen zu tolerieren und sie sogar zu unterstützen.
- Um sich fit zu machen, gibt es Schulungen, wie mit Hate Speech umgegangen werden kann, es gibt Unterstützerguppen in den Netzwerken, die Tipps und Hilfe geben (siehe Infoteil). Auch in der Diakonie liegen Erfahrungen vor, die im Krisenfall eingebracht werden können. Gerade, wer zum ersten Mal mit solchen Reaktionen konfrontiert ist, sollte diese Hilfemöglichkeiten nutzen.
- Onlineauftritte und Präsenzen in den sozialen Netzwerken müssen regelmäßig betreut und gepflegt werden. Als Betreiber haftet jede Einrichtung für alle Inhalte, die über die eigenen Seiten und Präsenzen veröffentlicht werden.

- Für mittlere und größere Auftritte und Präsenzen haben sich »Netiquette« als probates Mittel erwiesen. Sie machen für alle Besucherinnen und Besucher deutlich, welche »Hausregeln« zu beachten sind. Sie beschreiben, welches Verhalten, welche Diskussionen erwünscht sind und gefördert werden. Auf der anderen Seite zeigen sie, wo die Grenzen liegen, was nicht toleriert wird.
- Ein Beispiel, auch zum adaptieren für den eigenen Auftritt, finden Sie in der Netiquette für die Facebookseite der Diakonie Deutschland (siehe Infoteil).

Bei negativen, kritischen Beiträgen gilt es gut zu überlegen und abzuwägen:

- Andere Sichtweisen sollten toleriert werden, solange sie sachlich sind. Eine Gegenposition dazuzusetzen kann sinnvoll sein.
- Ist es »nur« harte Kritik oder werden Grenzen überschritten? Kritik sollte man aushalten.
- Beleidigungen, die vor allem auch Dritte diffamieren und verunglimpfen, müssen nicht stehen bleiben.
- Grenzüberschreitungen und strafrechtlich Relevantes sollten unverzüglich nach Kenntnis gelöscht werden.

Dabei hat sich ein stufenweises Vorgehen bewährt:

- Kritische Beiträge beobachten, ob aus der Community andere »dagegen« sprechen. Hilfreich ist, wenn man ein eigenes Netzwerk hat, das man in solchen Fällen mobilisieren kann. Mit eigenen Beiträgen sachlich, konstruktiv, ehrlich reagieren.
- Grenzüberschreitungen lassen sich verbergen. Damit sind sie nur noch für den Ursprungsschreiber sichtbar und ggf. seine Community, aber nicht mehr für die Besucher der Seite.
- Von Beleidigungen, Diffamierungen, Verunglimpfung, gruppenbezogenen menschenfeindlichen Äußerungen sollten Screenshots gemacht werden (Beitragszusammenhang, Datum, User berücksichtigen) und die Posts gespeichert werden. Danach den Post löschen. Im Wiederholungsfalle kann ein User auch gesperrt werden.
- Strafrechtlich relevante Posts können über die Online-Dienststelle der Polizei zur Anzeige gebracht werden. Aber das geht nur persönlich, nicht als Institution (!).

TEIL 4:

VORSICHT KAMERA!

Der Umgang mit Spenden

Inszenierungen von Spendenübergaben zielen auf öffentliche Wahrnehmung.

Grundsätzliches

Einrichtungen und Verbände der Diakonie sowie ihre Kommunikationsverantwortlichen sollten sich bewusst sein, dass Rechtspopulisten an Medien-Inszenierungen und damit einhergehenden »Vereinnahmungsversuchen« interessiert sind.

Es ist wesentlicher Teil der Kommunikationsstrategie von AfD und anderen rechtspopulistischen Organisationen, Personengruppen gegeneinander auszuspielen, die aus unterschiedlichen Gründen hilfebedürftig sind – wobei die Argumentation im Grunde jeweils darauf hinausläuft, dass zu viel für Flüchtlinge und zu wenig für Deutsche getan werde. So haben rechtspopulistische Gruppen zum Beispiel an Bahnhofsmissionen Spenden übergeben, damit die Forderung nach ausgewählter Hilfe für Deutsche verbunden und die Übergabe simultan und ohne Absprachen auf Social Media-Plattformen veröffentlicht.

Inzwischen ist es für die mediale Reichweite solcher Inszenierungen egal, ob die Spende angenommen oder zurückgewiesen wird. »Bühnentauglich« ist der Vorgang an sich: Die Spender verbreiten sowohl die gelungene, als auch die misslungene Übergabe per Text, Foto und Video auf Online-Plattformen und liefern ihre ideologischen Kernbotschaften gleich mit.

Wann immer ein Spendegeber die Medien-Inszenierung seiner Spende erwünscht, ist also Achtsamkeit geboten und zu prüfen, ob der Spendegeber bzw. dessen Organisation in irgendeiner Weise mit seinen Wertevorstellungen, Haltungen und Handlungen unseren christlichen Grundüberzeugungen widerspricht. Ist dies der Fall, kann von einer Annahme der Spende nur abgeraten werden.

Die Ablehnung/Rückgabe einer Spende ist nicht so ungewöhnlich. Natürlich nimmt Brot für die Welt öffentlich keine Spende eines Rüstungsunternehmens an. Selbstverständlich verzichtet Greenpeace gern auf Förderungen aus der Autoindustrie. Ein Hilfswerk darf eine Spende annehmen, muss es aber nicht.

Gleichzeitig sollte – ggf. in Abstimmung mit dem jeweiligen Diakonie-Landesverband – der Spendengeber bzw. dessen Organisation in das jeweilige (Social-) Media-Monitoring aufgenommen werden.

Empfehlungen für den Umgang mit unangekündigten Besuchen von »Spendern«

- Betritt ein Besucher eine soziale Einrichtung mit einer Foto- oder Videokamera in der Hand oder möchte er die Räume und Menschen in einer Einrichtung als Hintergrund für ein »Selfie« mit der Kamera seines Handys nutzen, können Sie das ohne Umschweife unterbinden – mit Hinweis auf Ihr Hausrecht und den Schutz der Privatsphäre von Hilfebedürftigen.

- Erklären Sie, dass Foto- und Videoaufnahmen außerhalb Ihrer Einrichtung immer möglich sind, Aufnahmen innerhalb der Einrichtung aber nur nach Vorabsprache und mit Zustimmung. Läuft die Kamera schon, können Sie die Aufnahmen »stören« – aber immer mit dem Gedanken daran, dass auch diese Aufnahmen veröffentlicht werden könnten. Niemals unbeherrscht auftreten, in der Sache immer freundlich bleiben! Sehr leises Sprechen, Gesicht von der Kamera abwenden, Gegenstände vor die Kamera halten können geeignete Störungen sein. Ein probates Mittel ist die ständige Wiederholung von Sätzen wie: »Sie haben einen ungünstigen Zeitpunkt gewählt. Sie können mich gern anrufen und wir bereiten ein Gespräch vor der Kamera vor.«

- Wenn ein Besuch für eine Spendenübergabe vorher angekündigt wird, sollten Sie deutlich machen, dass ein Termin in Ihrer Einrichtung an übliche Formalien geknüpft ist. Fragen Sie, wer an dem Treffen teilnehmen wird und welche Institution jeweils durch die Akteure vertreten wird. Gibt es einen bestimmten Anlass? Soll die Spende für einen bestimmten Zweck übergeben werden? Wurde Geld im Rahmen einer bestimmten Veranstaltung oder zu einem bestimmten Zweck gesammelt? Soll die Spendenübergabe veröffentlicht werden und durch wen und für wen?
- Im besten Fall können Sie darauf verweisen, dass durch frühere Spendenaufrufe oder Veröffentlichungen Ihrer Einrichtung deutlich ist, dass die Verwendung von Spenden an Grundsätze gebunden ist, die durch einzelne Spenden nicht umgedeutet werden können.
- Manche Berichterstatter werden Ihnen einen Presseausweis vorlegen und einfordern, an der Berichterstattung nicht gehindert zu werden. Der Presseausweis bringt für den Inhaber aber keine besonderen Befugnisse mit sich. Er dient lediglich dazu, gegenüber öffentlichen Institutionen einen hauptberuflichen Journalisten von aufdringlichen Neugierigen zu unterscheiden. Ein Presseausweis kann dann den Zugang zu einem durch Polizei oder Behörden abgesperrten Bereich erleichtern, muss es aber nicht. Private Räume und Veranstaltungen und nichtstaatliche Einrichtungen sind von dieser Vereinbarung zwischen Innenministerien und Medien nicht betroffen.

BERATUNGSSTELLEN, NETZWERKE UND TIPPS – Eine Auswahl

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus BAGKR

www.bagkr.de

Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de

Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtsextremismus

www.bpb.de/system/files/pdf_pdflib/pdflib-41190.pdf

Netz gegen Nazis www.belltower.news

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus www.bundesverband-mobile-beratung.de

www.bundesverband-mobile-beratung.de

No-hate-Speech-Kampagne www.no-hate-speech.de

debate-dehate www.debate-dehate.com

Facebook Gruppen:

#ichbinhier www.facebook.com/groups/718574178311688

LautgegenNazis www.facebook.com/istlaut

Hooligans gegen Satzbau www.facebook.com/HoGeSatzbau

Zuerst denken – dann klicken www.facebook.com/zddk.eu

Ihr seid nicht das Volk www.facebook.com/nichtdasvolk

Flüchtlinge sind Menschen wie Du und ich – We are all humans

www.facebook.com/allmenareequal

Kirche und Social Media www.facebook.com/groups/110032705759320

Netiquette der Facebook-Seite der Diakonie Deutschland

www.facebook.com/diakonie/app/1266895226737073

NETIQUETTE FÜR DIE FACEBOOK- SEITE DER DIAKONIE DEUTSCHLAND

Herzlich willkommen auf der Facebook-Seite der Diakonie Deutschland.

Auf dieser Seite informieren wir über die Arbeit der Diakonie in Deutschland. Dabei geht es uns darum zu zeigen, wie sich die Diakonie einsetzt für Menschen am Rande der Gesellschaft.

Dazu gehören Aktivitäten im politischen Raum, aber auch in der allgemeinen Öffentlichkeit. Neben Kritikwürdigem geht es uns aber auch darum positive Beispiele zu zeigen, die Mut machen.

Genauso wichtig wie die Informationen, ist uns der Dialog mit Ihnen/Euch. Dazu gehört für uns:

Rücksicht und Respekt

Es kommt immer wieder vor, dass Sie Themen, Beiträge, Kommentare aufregen. Bitte bleiben Sie fair und sachlich. Hier reden und schreiben Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Meinungen. Schreiben Sie so, wie Sie es von Ihrem Gegenüber auch erwarten.

Sachliche und konstruktive Diskussionen

Wir wünschen uns konstruktive und sachliche Diskussionen auf dieser Seite. Kritik und unterschiedliche Meinungen gehören zu einer Diskussion und sind ausdrücklich erwünscht. Dabei kann es auch mal hoch hergehen.

Aber verzichten Sie auf Beleidigungen, Beschimpfungen, Hetze, persönliche Angriffe und Verurteilungen bzw. Herabwürdigung von Personengruppen. Das »wünscht« sich keiner hier.

Reine Linkpostings ohne eigenen Text, Links ohne Kommentar, Frage oder Anmerkung helfen keiner Diskussion.

Bitte bleiben Sie auch beim Thema. Kommentare oder Links, die nichts mit dem Thema zu tun haben und davon wegführen, helfen niemandem. Sie sind an diesen Stellen nicht erwünscht und haben bestimmt andernorts ihren richtigen Platz.

Was wir nicht tolerieren

Gewaltverherrlichende, diskriminierende, rassistische, fremdenfeindliche, sexistische, menschenverachtende, vulgäre oder verfassungsfeindliche Beiträge haben hier keinen Platz.

Wir behalten uns vor, Äußerungen und Beiträge zu löschen, die gegen geltendes Recht verstoßen. Darunter fallen auch Beleidigungen oder solche Inhalte, die Persönlichkeitsrechte, Rechte Dritter oder Urheberrechte verletzen sowie Spam und Werbung. Sie werden ohne Ankündigung umgehend entfernt. Bei schweren Verstößen behalten wir uns auch weitergehende rechtliche Schritte vor.

Wir als Redaktion sind für Transparenz und freuen uns über viele Nutzerkommentare. Dennoch behalten wir uns vor, Beiträge und Kommentare, die sich nicht an diese Netiquette halten, auch ohne Vorwarnung zu löschen und User zeitweise oder dauerhaft zu sperren.

Wir freuen uns, auf einen regen Austausch und bitten alle Mitglieder unserer Community diese Regeln zu beachten und ihre Einhaltung auch gegenseitig voneinander einzufordern.

Vielen Dank – und jetzt viel Spaß und einen fairen Austausch auf dieser Fanseite.

Kontakt

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Projektredaktion

Ute Burbach-Tasso
Katja von Damaros
Sabine Damaschke
Johannes Fuhr
Friedrich Keller
Stephan Röger
Dr. Thomas Schiller
Sigrid Winkler-Schwarz
Frieder Weigmann

Verantwortlich

Dr. Thomas Schiller
Zentrum Kommunikation
Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Artikel-Nr.: 613307108**Bestellungen**

Zentraler Vertrieb des
Evangelischen Werkes für
Diakonie und Entwicklung e. V.
Karlsruher Straße 11
70771 Leinfelden-Echterdingen
T +49 711 21 59-777
F +49 711 797 75 02
vertrieb@diakonie.de

© Oktober 2018, 1. Auflage

Die Publikation wurde initiiert vom
Lenkungsausschuss für das Zentrum
Kommunikation der Diakonie Deutsch-
land.

In dieser Publikation wird zur besseren
Lesbarkeit nicht an jeder Stelle der
weibliche und männliche Terminus ver-
wendet. In diesen Fällen ist das andere
Geschlecht jedoch immer mitgemeint.

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
T +49 30 652 11-0
F +49 30 652 11-3333
diakonie@diakonie.de
www.diakonie.de